Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 14.09.2007

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Gesunde Ernährung in Kindertagesstätten und Schulen

Um es gleich vorweg zu sagen: Bei aller Sympathie für die Bemühungen der Kollegin Heinold um die Gesundheit unserer Kinder, wird der SSW den Grünen bei diesem Antrag nicht folgen. Wer die Anträge der Kolleginnen und Kollegen durch die letzten Monate verfolgt hat, könnte leicht den Eindruck gewinnen, die Grünen würden alles gesetzgeberisch regeln und diktieren wollen. Das Rauchverbot kann ich ja noch nachvollziehen. Aber beim ministeriellen Verbot von Zucker, Fett und Salz an Kindertagesstätten und Schulen hört es bei mir wirklich auf. Mit preußischem Obrigkeitsstaat fördert man keine moderne Esskultur!

Dabei stimmt der SSW vollständig darin überein, dass etwas passieren muss, um unseren Kindern und ihren Eltern frühzeitig eine gesunde Ernährung und Bewegung beizubringen. Die Notwendigkeiten und die Bedeutung einer frühen Prävention brauche ich hier nicht zu wiederholen. Die grundlegende Einsicht ist heute eigentlich auch Allgemeingut, lediglich an konkretem Wissen und an der Umsetzung in Schulen und Tagesstätten hapert es noch vielerorts.

Natürlich gibt es auch heute schon vorbildliche Einrichtungen, die ihren Eltern gesunde Brotpakete für die Kinder vorschreiben, Süßigkeiten in der Einrichtung einschränken und den Kindern das Wissen über eine gesunde Ernährung spielerisch vermitteln. Das Problem ist nur, dass dies bei weitem

SSW IM LANDTAG

nicht in allen Kindertagesstätten passiert und dass durch die Ganztagsschule neue Herausforderungen entstehen. Ich glaube aber nicht, dass die Landesregierung deshalb vorschreiben sollte, welche Lebensmittel in die Kindergärten eingeführt werden dürfen. Entscheidend ist, dass die Pädagogen und Eltern vor Ort sich damit auseinandersetzen. Erzieher und Lehrer müssen das notwendige Wissen bekommen, um diese Frage mit den Eltern und Kindern umzusetzen.

Das notwendige Handwerkszeug dafür ist heute eigentlich schon vorhanden. Der Antrag der Grünen verweist auch selbst auf die vielen Organisationen, die sich dieser Frage gewidmet haben. Außerdem gibt es eine Reihe von lokalen Projekten und Initiativen. Die Kollegin Heinold hat ja einige davon besucht, unter anderem in Flensburg, wo die Universität sowohl im Bereich Ernährung als auch in Sachen Bewegung sehr stark beteiligt ist. Darüber hinaus hat auch die Hochschule CVU Sønderjylland in Apenrade einige dänische und deutsche Kindergärten aus Flensburg darin unterrichtet, wie sie eigene Unternehmenspläne dafür entwickeln, die Kinder pädagogisch und spielerisch an die Themen Ernährung und Bewegung heranzuführen. Ich denke diese Ressourcen der Hochschulen, des Netzwerkes Ernährung und anderer Fachleute müssen wir nutzen, um dass Personal aus allen Kitas und Schulen in Schleswig-Holstein zu schulen und auf lokale Best-Practice-Beispiele aufmerksam zu machen. Jede Einrichtung sollte Fortbildungen angeboten bekommen und ihren eigenen Aktionsplan dafür entwickeln müssen, wie man vor Ort mit dieser Frage umgeht. Das bringt letztlich mehr als korrekte Ernährung detailliert per ministeriellem Erlass vorzuschreiben.

Entscheidend ist, dass dafür auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden; da sind wir mit den Grünen wieder ganz daccord. Der Staat muss vor allem in den Ganztagsschulen finanziell eine vernünftige Ernährung in einem vernünftigen baulichen Rahmen sicherstellen. Vollkommen daneben finde ich allerdings, dass die Grünen zwei Preise für das Mittagessen an Schulen fordern, je nachdem ob die Eltern nun Hartz IV beziehen oder nicht. Ich will keine Kantine, bei der sich die Kinder von Hartz IV-Empfängern in eine andere Schlange stellen, einen Armutsausweis vorzeigen müssen oder allein durch die Zahlung eines anderes Preises stigmatisiert werden. Das kann nur ein Fehler im Grünen Antrag sein. Es muss einen niedrigen Preis geben, den alle bezahlen können. Alles andere ist nicht akzeptabel.

Trotz allem hat der Antrag der Grünen aber den Charme, dass er der Regierung nicht nur einen Bericht abverlangt, sondern einen konkreten Maßnahmekatalog. Dafür habe ich Verständnis, denn zumeist ist der Weg vom Bericht zur Handlung einer langer und für das Parlament intransparent. Der SSW kann einem Teil der 11 Punkte im Grünen Antrag aber selbst bei bestem Willen nicht zustimmen. Deshalb würden wir es vorziehen, wenn wir

SSW IM LANDTAG

im Ausschuss einen Kompromiss auf der Basis des Antrags 16/1528 erarbeiten könnten. Sollte es aber zur Abstimmung in der Sache kommen, werden wir den Berichtsantrag der Großen Koalition unterstützen.

SSW IM LANDTAG